


kann, die letzte über ein sozialpolitisches Gesetz im engeren Sinne gewesen. Sie hat schon auf dem Parteitag zu Bremen zu Erörterungen geführt, ohne natürlich Beschlüsse irgend welcher Art zu zeitigen. Es geht auch nicht an, die Fraktion für ihre Abstimmungen festlegen zu wollen für alle Fälle. Aus politischen Erwägungen heraus kann sich die Notwendigkeit der Ablehnung eines sozialpolitischen Gesetzes ergeben, dessen Annahme an und für sich zu wünschenswert wäre. Diese Fälle werden jedoch selten sein. Hierzu eignet sich die Abstimmung über andere Gesetzesvorlagen weit eher, als die über sozialpolitische Gesetze. Aus der Stellung der Sozialdemokratie im Parlament als Hauptvertreterin der Interessen der Lohnarbeiter und als Mandatar der Gewerkschaften ergibt sich die prinzipielle Haltung in der parlamentarischen Behandlung sozialpolitischer Gesetze für die Sozialdemokratie. So wie sich die Gewerkschaften sehr oft mit dem begnügen müssen, was erreichbar ist, so kann auch die Sozialdemokratie dem zustimmen, ohne ihrer prinzipiellen Stellung etwas zu vergeben. Das Recht, das heute nicht Erreichte morgen wieder zu fordern, gibt sie damit nicht auf. Bei aller Hochschätzung und Hochhaltung program-matischer Forderungen darf eine parlamentarische Partei doch nie vergessen, dass sie, soll ihre parlamentarische Arbeit überhaupt einen sofort in die Augen springenden Wert haben — und das verlangen die Wähler —, die politische Situation ausnutzen muss, auch wenn sie ihr nicht so viel bietet, wie sie glaubt, fordern zu können. Sozialpolitische Massnahmen lediglich von der eisigen Höhe eines Prinzips aus zu betrachten, kann dazu führen, dass die vielen kleinen Dinge, die zur Verbesserung und Erhöhung der Behaglichkeit, wenn auch nur ganz bescheiden, beitragen, übersehen werden und ungenutzt bleiben.

Die Sozialdemokratie hat mit ihren Abstimmungen vom Jahre 1897 (Handels-gesetzbuch) bis 1903 (Kinderschutzgesetz) sich auf den Weg begeben, den sie als Vertreterin der Interessen der Gewerkschaften gehen muss. Sie hat ihn beim Gesetz über die Kaufmannsgerichte verlassen. Möge sie ihn wieder beschreiten! Er führt nicht vom Ziele ab, sondern darauf zu: Stärkung und Hebung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Beziehung. Er stärkt aber auch den politischen Einfluss der Arbeiterklasse und ihrer parlamenta-rischen Vertreter und trägt zu seinem Teil bei zur Demokratisierung, sowohl im politischen Bewusstsein des Volkes, wie in der Wirklichkeit.

XX

## AUGUST MÜLLER · WANN WIRD DIE SOZIAL-DEMOKRATIE DAS AGRARPROBLEM IN ANGRIFF NEHMEN?

 N einer Parteizeitung war vor einigen Wochen eine Betrachtung über die Selbstkritik zu lesen, die nach der Niederlage vom 25. Januar von ein paar sozialdemokratischen Schriftstellern geübt worden ist. Diese Selbstkritik soll nun gar nichts taugen, wofür den »schlagendsten Beweis« die Tatsache liefert, dass die Partei »sich gänzlich immun gegen die Selbstkritik« erweist. »Denn nach allen historischen Existenzbedingungen der Arbeiterbewegung ist es ganz unmöglich, dass sie unbeachtet bleibt, wenn sie wirklich etwas zu sagen hätte, was die Partei zu fördern geeignet wäre.« Wie ist diese angebliche Immunität aber beschaffen? Besteht

sie vielleicht nicht nur in der Phantasie einiger Genossen, die nach dem Grundsatz *Unsere Ruh' wollen wir!* jede unbequeme Kritik möglichst rasch zum Schweigen bringen wollen? Mir scheint es fast, als wenn es sich so verhält. Das zeigt mir wieder ein Beispiel aus der jüngsten Zeit. Da hat jetzt Genosse Schippel in den *Sozialistischen Monatsheften* ein paar neue Zahlen zur Beleuchtung einer alten Tatsache vorgeführt, die eigentlich jedermann bekannt sein sollte, der sich auch nur oberflächlich mit agrar- und handelspolitischen Fragen beschäftigt hat.<sup>1)</sup> Aber diese Tatsache widerspricht einer liebgewordenen Auffassung. Statt sich nun mit ihr abzufinden, murmelt man etwas vom *Alleinstehen* Schippels und von *Prinzipienwidrigkeit* und geht dann mit möglichster Beschleunigung über den Fall zur altgewohnten Tagesordnung über. Auf diese Art von *Immunität* sollte die Partei nicht allzufest bauen und lieber beizeiten sehen, ob nicht ihr Organismus irgend eines Heilverfahrens bedarf.

Die Aufnahme, die die Darlegungen Schippels gefunden haben, führt mich auf das Gebiet, das uns hier beschäftigen soll. Nach Ansicht einiger Genossen soll Schippel mit seinen Anschauungen elementare Parteiprinzipien verletzt haben. Mir aber scheint: Schippel ist sozialistischer, als seine Kritiker. Oder widerspricht es vielleicht unserer Auffassung vom Aufgabenkreis des Staates, wenn man von ihm verlangt, Massnahmen zum Schutze eines bedrohten Produktionszweiges zu treffen? Kann man als Sozialist wünschen, dass die deutsche Landwirtschaft die gleiche Entwicklung nimmt, wie die englische? Nebenbei bemerkt, würde das für die deutschen Bauern und Landarbeiter viel verhängnisvoller sein, als für die englischen Pächter, eben weil die einen Pächter, die anderen aber Besitzer sind. Die Kritiker Schippels sollten sich einmal diese Fragen durch den Kopf gehen lassen und nicht nur an den *Bündler*, der sozialdemokratische Flügelblattverteiler mit Hunden vom Hofe hetzt, denken, wenn es sich um das wichtige Problem handelt, wie im deutschen Industriestaate die Interessen der Allgemeinheit und die Interessen der Arbeiterschaft mit den Anforderungen zu vereinbaren sind, die sich aus den Entwicklungsbedürfnissen der Landwirtschaft ergeben. Marx pflegte die Ökonomen, die für alle hier entstehenden Fragen die Rezepte der *Nichts-als-Freihändler* in Bereitschaft hielten, als die *Freihandelshausierburschen* zu verspotten, in unseren Tagen aber gilt es als parteischädlich, wenn man über die Bedeutung der Landwirtschaft für das Volksganze und über die zu ihrem Schutze anzuwendenden Mittel andere Ansichten äussert, als die Herren Müller-Berlin und Kopsch.

Man muss vorsichtig sein, wenn man heutzutage den Kritiker an eingewurzelten Parteivorurteilen nicht einmal selbst macht, sondern sich nur mit ihm einverstanden erklärt. Und so will ich denn betonen, dass ich die Art von Zollpolitik zum Schutze der Landwirtschaft, die bei uns in Deutschland betrieben wird, keineswegs empfehle. Sozialdemokrat sein heisst aber nicht auch zugleich Freihändler aus Prinzip sein, wohl aber heisst es Vertreter der Arbeiterinteressen sein. Die Sozialdemokratie kann auch zollpolitischen Massnahmen zustimmen; freilich nur dann, wenn nebenbei Vorsorge getroffen wird, dass die Arbeiter auch als Produzenten vom Zoll berührt werden, also nicht

<sup>1)</sup> Vergl. Max Schippel *Europäische Landwirtschaft unter Freihandel und Zollschutz* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 200 ff., und *Agrarkrisis, Industrie und Industriearbeiter*, ibid., pag. 271 ff.

nur unter der preisverteuernden Wirkung der Zollpolitik zu leiden haben. Ein Beispiel dafür, wie es gemeint ist, bietet Australien. Es besteht vorläufig noch gar keine Aussicht, dass in Deutschland dieses Beispiel befolgt werden könnte, und ich vermag nicht einzusehen, wie die deutsche Sozialdemokratie, wie die Dinge nun einmal liegen, im stande gewesen wäre, die Zollpolitik der letzten Jahre mitzumachen. Aber sie hätte ihre ablehnende Haltung vielleicht manchesmal anders begründen können, als sie es getan hat.

Der Zoll ist, wie jedermann weiss, nicht das einzige Mittel, um Landwirtschaftsschutz zu treiben, aber er ist besonders beliebt, weil er an jenem Punkte einsetzt, an dem sich industrielle von landwirtschaftlicher Unternehmung scheidet. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag<sup>2)</sup> bringt es mit sich, dass die Herstellungskosten für das grössere Güterquantum beim landwirtschaftlichen Betrieb verhältnismässig steigen, wenn man zu intensiveren Betriebssystemen übergeht, während in der Industrie die Herstellungskosten mit fortschreitender Betriebsintensität fallen. »Der landwirtschaftliche Fortschritt ist darum an die Voraussetzung geknüpft, dass die Preise der Produkte steigen; der industrielle Fortschritt kann nur erfolgen, wenn er mit einer Erniedrigung der Preise verbunden ist. Jener ist die Folge, dieser die Ursache höherer Kultur.« (Bücher.) Gerade von Sozialdemokraten, die bei allen Massnahmen, die zu treffen sind, auch zu bedenken haben, wie sie für die Zukunft wirken, muss auf diese Tatsache Bedacht genommen werden. Es mag ja sein, dass die Ursachen der Agrarkrise noch Dezennien anhalten, einmal aber wird auch die überseeische landwirtschaftliche Konkurrenz zu Bedingungen produzieren müssen, die der heimischen Landwirtschaft den Wettbewerb ermöglichen. Ist, wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dem volkswirtschaftlichen Interesse gedient, wenn die heimische Landwirtschaft dann auf einer niederen Betriebsstufe steht? Alle Sozialisten sind sich darüber einig, dass unsere Landwirtschaft ihre Aufgaben dann am besten erfüllt, wenn sie die höchste technisch-wissenschaftlich erreichbare Kulturstufe einnimmt. Die Konsequenz dieser Auffassung ist aber, dass man dann auch den besonderen Eigentümlichkeiten der Landwirtschaft Rechnung trägt und den vom freisinnigen Händlertum entnommenen Abscheu vor höheren Preisen aufgibt. Voraussetzung dabei ist natürlich immer, dass die Arbeiter nicht geschädigt werden. Übrigens soll dieser Hinweis durchaus nicht als Empfehlung der Agrarzölle schlechthin aufgefasst werden. Ich bin zwar der Meinung, dass wir zu einer prinzipiellen Verwerfung jedes landwirtschaftlichen Zollschatzes durchaus keine Ursache haben, aber ich verkenne keineswegs, dass sich sehr viel gegen ihn ins Feld führen lässt, auch dann, wenn mit seiner Einführung eine die Zollbelastung aufwiegende Verbesserung der Stellung der Arbeiter als Produzenten Hand in Hand geht. Darüber wird sich wohl noch bei anderer Gelegenheit einiges sagen lassen, es mag für den Zweck, den dieser Aufsatz verfolgt, genügen, wenn auf die mannigfachen Probleme hingewiesen wird, die sofort auftauchen, wenn man die parteitraditionelle Auffassung über den Agrarschutz

<sup>2)</sup> Marx hat in einer Anmerkung im *Kapital* einige Bemerkungen zu diesem Gesetz gemacht, die so aufgefasst werden können, als bestreite er die Richtigkeit jener einfachen Tatsache, die sich hinter dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag verbirgt. Mir scheint, Marx hat dieses nicht beabsichtigt, er wollte wohl sagen, dass die Wirkung des Gesetzes beim Übergang zu einer technisch-wissenschaftlich höher stehenden Betriebsmethode aufgehoben wird. Da er dieses nicht ausdrücklich betont hat, besitzt in den Kreisen, die auf das Wort des Meisters schwören, das erwähnte Gesetz aber nur geringen Kurswert, wie Genosse David an den Kritikern seines Agrarwerks erfahren konnte.

einmal untersucht, ausgehend vom Standpunkt des Arbeiters als Produzenten und als Glied des Gemeinwesens, das an seiner harmonischen Entwicklung interessiert ist. Kann man im Ernste behaupten, solche Betrachtungen seien wertlos?

Die Aufnahme, die der Schippelsche Artikel fand, sollte uns lehren, dass es an der Zeit ist, die Agrarfrage zur Diskussion zu stellen mit der Absicht, unser Programm mit den Tatsachen der agrarischen Entwicklung in Einklang zu bringen. Wir lassen noch immer nach der parteioffiziell abgestempelten Anschauung die Entwicklung in der Landwirtschaft sich konform der in der Industrie vollziehen. Der Grossbetrieb siegt, der Bauer muss daher verschwinden, und da dieser uns den Gefallen tatsächlich nicht erweist, ist er ein Hungerleider, der sein bejammernswertes Dasein der Überarbeit und der Unterkonsumtion verdankt. So las man es schon bei Eccarius, so liest man es bei den Marxisten, so steht es im Erfurter Programm und den ihm gewidmeten Kommentaren. Wo aber irgend eine Frage der Agrarpolitik praktisch an uns herantritt, fehlt uns der Wegweiser, nach dem wir schauen können, der politische Kompass, der unserem Handeln die Richtung weisen kann. Wir würden regelmässig in ein Dilemma geraten, wenn sich die Anforderungen des praktischen Lebens nicht stärker erwiesen, als die überlieferte Schulmeinung, die die Parteinorm bildet. Wo Sozialdemokraten in den Landtagen mit Fragen der Agrarpolitik beschäftigt werden, treiben sie gewöhnlich Bauernpolitik. Sie fördern die Bauern, aber sie verstossen damit im Grunde genommen regelmässig gegen das Parteiprogramm. So, wie dieses zur Agrarfrage steht, heisst Bauernpolitik das gleiche, wie Mittelstandspolitik. Von der letzteren versprechen wir uns nichts, und manche Massnahmen, mit denen man versucht hat, dem gewerblichen Mittelstand unter die Arme zu greifen, haben wir bekämpft und schliesslich abgelehnt. Den ländlichen *Mittelstand* beurteilen und behandeln wir in der Praxis ganz anders. Anhänger erwerben wir uns aber deshalb unter der Landbevölkerung nicht, wenigstens nicht unter den Bauern. Unsere, vom Standpunkt der Bauern — natürlich abgesehen von den Zollfragen — durchaus einwandfreie Politik in den Landstuben der Einzelstaaten bringt uns durchaus nicht vorwärts. Einmal, weil wir den Übertreibungen und unerfüllbaren Forderungen der *Bauernbündler* ablehnend gegenüberstehen müssen, dann aber auch, weil der Widerspruch zwischen unseren programmatischen Forderungen und unserem praktischen Handeln nicht zu unserer Empfehlung dient. Man darf den bäuerlichen Wählern noch so schön auseinandersetzen, dass noch keine Vorlage zum Schutze der Bauern, die wirklich hält, was sie verspricht, in einem Parlamente, in dem Sozialdemokraten sitzen, gegen deren Stimmen verabschiedet worden ist; man darf ihnen die mannigfaltigen Fälle vorführen, in denen die sozialdemokratische Politik auch die Interessen der ländlichen Bevölkerung wahrnimmt: ein paar Sätze aus dem Parteiprogramm oder aus einer Broschüre schlagen den guten Eindruck glatt zu Boden. Die vergangenen Reichstagswahlen haben es uns gezeigt, wie wirkungsvoll diese Methode unserer Gegner ist, und wie klug die ostelbischen und die klerikalen Junker den schwachen Punkt in unserer Stellung zur Agrarfrage zur Stärkung ihrer Position auszunutzen verstehen.

Man hat die unleugbaren Schwierigkeiten, die sich bei der Betrachtung des agrarischen Problems zeigen, dadurch zu umgehen versucht, dass man die Ge-

winnung der Bauern für unnötig erklärte, um die politische Macht zu erobern. Aber, was einst Liebknecht an Bracke schrieb: »Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind,« das gilt doch auch heute noch sogar den Vertretern der Meinung, auch ohne die Bauern könne die Sozialdemokratie dereinst die Staatsgewalt ergreifen, was sie durch ihre Forderung, die Bauern zu neutralisieren, beweisen. Ich sehe in diesem Zusammenhange einmal ganz davon ab, dass es seine grossen Schwierigkeiten haben dürfte, ohne die Bauern — wer kann denn voraussetzen, dass die Entwicklung zum Industriestaat immer im gegenwärtigen Tempo anhält? — die politische Macht zu erobern. Dass sie zum mindesten nicht gegen uns stehen dürfen, wird ja allgemein anerkannt. Aber weiter, denn jemals, sind wir heute von einer Neutralisierung der Bauern entfernt, und es ist schlechterdings nicht abzusehen, wie wir sie neutralisieren sollen, wenn wir fortfahren, wie bisher.

Die Zahlen der Reichstagswahlstatistik reden auch hier eine deutliche Sprache. Am 26. und 27. Februar veröffentlichte die *Deutsche Tageszeitung* eine Zusammenstellung, in der nach ländlichen und städtischen Gebieten der Stimmenverlust und -gewinn der Sozialdemokratie aufgezählt wurde. Sie war nicht frei von Übertreibungen und Unrichtigkeiten, aber in ihren Schlussfolgerungen unangreifbar. Überall haben wir auf dem platten Lande Stimmen verloren, unsere mässigen Gewinne stammen aus den städtischen Gebieten. Man begreift, welchen Nutzen eine solche Feststellung der Agrarbewegung bringen muss, und findet die Triumphgesänge der Sieger im *Zirkus Busch* erklärlich. Aber was wissen wir darauf zu sagen? Selbstverständlich liegen die Ursachen dieser Erscheinung wieder einmal ausserhalb unserer Einwirkungsmöglichkeiten. Die Wahlkuverts tragen die Schuld daran, dass unsere Wählerziffer in ländlichen Gebieten verringert wurden, so konnte man mehrfach lesen. Dass wir selbst vielleicht Fehler gemacht haben könnten, ist ja ausgeschlossen, und gegen den Nachteil, den uns das *teure Schwein* zugefügt hat, sind wir natürlich genau so ohnmächtig, wie gegen die Aufschichtung der Wahlkuverts. Schippel und Calver meinen zwar, auch die sozialdemokratische Stellung zu den Agrarzöllen sei nicht so ganz zweifelsfrei, aber sie verstehen das offenbar nicht. Wären wir weniger unfehlbar, dann würde uns vielleicht der Umstand, dass gerade die Parteigenossen, die sich am intensivsten mit derartigen Fragen beschäftigt haben, zur *Ketzerei* neigen, ein wenig nachdenklich stimmen. Ist nun für uns die Einheit zwischen theoretischer Überzeugung und Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ein unbedingtes Erfordernis? Ziemt uns fatalistische Ergebung in das Schicksal, das die Agrarbewegung immer reaktionärer und arbeiterfeindlicher macht und den Einfluss der Arbeiterbewegung in dem Masse zurückdrängt, in dem sie selbst in die Breite und in die Tiefe wächst?

Unsere Auffassung vom *Bund der Landwirte* ist vielfach seinem Wesen nicht entsprechend. Der ganze *Bund* ein Produkt der Agrardemagogen, die verzweifelnde und bedrängte Bauern geschickt vor den Pflug der Grossgrundbesitzer zu spannen verstanden haben: so las man es in der *Freisinnigen Zeitung*, als der *Bund* sein Werk begann, und diese Auffassung übertrug sich zum Teil auch auf die Sozialdemokratie. Indes, gerade in unserer Partei ist oft und nachdrücklich betont worden, dass eine grosse, machtvolle Bewegung nicht von

ein paar Agitatoren, und seien sie noch so geschickt, aus dem Boden gestampft werden kann. Schon dadurch, dass eine solche Bewegung, wie die Arbeiterbewegung, werden konnte, beweist sie ihre Notwendigkeit und ihre Gesundheit. Sollte dies alte Argument für die Beurteilung der Agrarbewegung gar keine Gültigkeit haben? Auch diese zeigt Züge von Gesundheit und Kraft. Für diejenigen, die so gerne die Identität industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung behaupten, ist der *Bund der Landwirte* allerdings ein Gewächs ähnlich, wie die *Mittelstandsvereinigung*. Hier der städtische, dem Untergang nahe, dort der ländliche, im Verzweigungskampf mit dem Rittergut und Latifundium begriffene Mittelstand. So etwa müsste die Parallele formuliert werden. Man braucht aber bloss den *Bund der Landwirte* neben die zahlreichen verunglückten Organisationsversuche des städtischen Mittelstandes zu stellen, um einzusehen, wie falsch sie ist. Daraus kann man doch eigentlich nur den Schluss ziehen, dass die Gleichstellung des städtischen Mittelstandes mit der Bauernschaft falsch ist, dass man es in letzterer keineswegs mit einer versinkenden, sondern mit einer lebenskräftigen, gesunden Berufsgruppe zu tun hat, weil sonst ihre Organisationserfolge unverständlich wären. Sieht man die Tatsachen von diesem Standpunkt aus an, so ist es unmöglich, an der hergebrachten Auffassung festzuhalten, sie etwa nur insoweit modifizierend, als man den Anteil der wirklichen Bauern an dieser Bewegung nach Möglichkeit verkleinert. Gewiss, ich glaube auch nicht alles, was Herr Diederich Hahn seinen Getreuen im *Zirkus Busch* erzählt, und vielleicht ist der Satz von 89 % Kleinbauern, den er in seinem letzten Jahresbericht angegeben hat, zu hoch. Aber selbst, wenn nur die Hälfte der *Bundesmitglieder* den Kleinbauern zuzurechnen sind, ist dann die Zahl der organisierten Kleinbauern verhältnismässig nicht immer noch um ein Bedeutendes höher, als die Zahl der politisch organisierten Arbeiter? Man ergänze dann diese zahlenmässige Feststellung mit der nichtpolitischen Tätigkeit des *Bundes der Landwirte*, mit der Wirksamkeit, die seine Verkaufsstelle, seine Abteilungen für Auskünfte, für Versicherungswesen, Buchführungswesen, Vermittlung von Saatgut, Dünger- und Futtermittel, seine Beförderung des Genossenschaftswesens, seine Zentral-sprechstelle usw. ausüben. Ist das nicht kräftig pulsierendes Leben, was uns hier entgegen tritt? Ich kann nun einmal diese glänzende Agitationsleistung, diese Fülle praktischer, vom genossenschaftlichen Geiste durchtränkter Arbeit, die der *Bund der Landwirte* in seinen zehn Abteilungen geleistet hat, nicht so gering bewerten, und ich bedaure nur eins: dass sich diese robuste, kräftige Bauernbewegung unsozial und arbeiterfeindlich äussert. An innerer Gesundheit aber fehlt es ihr nicht, und es ist ganz und gar verfehlt, sich darüber zu freuen, wenn einmal eine agrarische Genossenschaft verkracht.

Die Lebensfähigkeit der Agrarbewegung müssen wir als Tatsache anerkennen. Dem muss auch unsere Stellung zu ihr und zur Agrarfrage überhaupt Rechnung tragen. Wir brauchen wirklich nicht mehr darüber zu diskutieren, ob der Bauer leben bleibt; viel näher liegt die Frage: Wie gewinnen wir ihn? Oho, Bauernfang! so hört man da schon im Geiste die Antwort. Gewiss: wir würden Bauernfang treiben, wollten wir zwar ein paar schön zurecht gemachte Schaugerichte für die Bauern präsentieren, aber im übrigen alles beim alten lassen. Es gehört mehr, als ein an das Erfurter Programm angehängtes Agrarprogramm, dazu, um die Bauern zu gewinnen, die allein für uns zu

haben sind: die Kleinbauern. Aber die Wahrnehmung ihrer Interessen ver- trägt sich ganz gut mit der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen. Das ist wenigstens die herrschende Auffassung bei den französischen Sozialdemo- kraten; die Norweger, Dänen und Schweden handeln zum mindesten praktisch wie die Franzosen, und wie die holländischen Parteigenossen zu der Frage stehen, das zeigte ja der interessante und wertvolle Bericht, den die hollän- dische Agrarkommission im Jahre 1904 veröffentlichte.<sup>3)</sup> Die österreichischen, ungarischen und französischen Parteiprogramme, die erst aus den letzten Jah- ren stammen, hüten sich wohl, die Identität der agrarischen und industriellen Entwicklung, die rein und nett das deutsche Parteiprogramm zielt, zu behaupten, und das Programm der schweizerischen Sozialdemokraten erklärt: »In der Landwirtschaft hat bis jetzt der Grossbetrieb seine Überlegenheit über den Kleinbetrieb nicht im gleichen Masse bewiesen, wie in der Industrie.« Die fünfte Auflage der Kautskyschen Schrift über das Erfurter Programm, er- schienen 1904, äussert sich über den Bauern aber genau so, wie die erste Auf- lage aus dem Jahre 1892.

Vor vier Jahren erschien Eduard Davids *Sozialismus und Landwirtschaft*, von allen Fachleuten als ganz hervorragende Erscheinung begrüsst. Ich schrieb kurz nach seinem Erscheinen in einer Besprechung des Buches, David habe die Agrarfrage in einer so zwingenden Form aufgerollt, dass eine Diskussion un- vermeidlich sei, die ihren Einfluss auf die sozialistische Theorie und Praxis ausüben müsse. Wenn ich damals schon gewusst hätte, dass die marxistische Doktrin über den Erfahrungen der ökonomischen Entwicklung steht, dann hätte ich nicht prophezeit. Aber vielleicht täusche ich mich, vielleicht verändert die deutsche Sozialdemokratie es nur dem Umstände, dass bald nach dem Er- scheinen des Davidschen Buches eine Reichstagswahl stattfand, die der Sozial- demokratie auch in ländlichen Bezirken einen kaum erwarteten Stimmenzu- wachs brachte, dass sie zwar das bedeutendste Werk über die Agrarfrage her- vorgebracht hat, aber trotzdem am zähesten festhält an alten Irrtümern. Nun haben wir wieder eine Reichstagswahl hinter uns, wobei wir eine Fahnenflucht der sozialdemokratischen Wähler auf dem flachen Lande erlebten. Was wird die deutsche Sozialdemokratie daraus lernen? Wird jetzt das Bedürfnis nach praktischen Erfolgen den Sieg über die Doktrin davontreiben? Es ist Zeit, dass unsere Partei das Agrarproblem ernstlich in Angriff nimmt.

XX

## RICHARD CALWER · KARTELLE UND SOZIAL- DEMOKRATIE

**I**N unserm Parteiprogramm findet sich der Satz, dass die Produktiv- kräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen seien. Dieser Satz hatte zu einer Zeit, in der die kartellmässige Organisation der Produktion noch gänzlich fehlte oder auch noch im allerersten Anfangsstadium begriffen war, seine volle Berechtigung. Heute aber, wo wir sehen, dass die kapitalistische Gesellschaft aus sich selbst heraus eine Regelung der Produktion mit Erfolg anstrebt, trifft der bezeichnete Programm-

<sup>3)</sup> Vergl. Willem Hubert Vliegen *Das Agrarproblem in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 2. Bd., pag. 804 ff.